

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: 4 (1985)

Heft: 3: Energie für die Energie-Stiftung

Artikel: Warum es die Schweizerische Energie Stiftung braucht

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586436>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



zum Beispiel RADIOAKTIVE ABFÄLLE

Die Geschichte der radioaktiven Abfälle aus Atomkraftwerken zeigt exemplarisch auf, wie unsere Gesellschaft mit den von ihr geschaffenen Problemen unverantwortlich umgeht:

Zu Beginn der 50er Jahre lancierten die Amerikaner das Projekt «Atome für den Frieden». Einerseits wollten sie mit Verbreitung der Atomenergie ein Geschäft machen, andererseits aber ihr schlechtes Gewissen wegen Hiroshima beruhigen.

In Europa, auch in der Schweiz, wurde dieses Projekt von der Industrie, der Wissenschaft und den Behörden mit grossem Enthusiasmus begrüsst. Kaum jemand machte sich Gedanken über den atomaren Abfall. 1957 beispielsweise sprach man von «Atommasche» und war davon überzeugt, diese wertvollen Abfallprodukte im Ausland gewinnbringend verkaufen zu können. In der Botschaft zum ersten Atomgesetz wurde auf die Erörterung der Abfallfrage gänzlich verzichtet.

1969 wurde das erste Atomkraftwerk in Beznau in Betrieb genommen, die NAGRA aber erst 1972 und auf Druck der Bundesbehörden gegründet, also erst, nachdem bereits der erste hochradioaktive Abfall produziert worden war.

Als Antwort auf eine parlamentarische Anfrage erklärte der Bundesrat 1973: «Der Bundesrat ist überzeugt, dass das Problem der endgültigen Abfallagerung in der Schweiz innert nützlicher Frist und auf befriedigende Art gelöst werden kann.» Damals war der schlecht informierte Bundesrat davon überzeugt, dass in der Schweiz nur schwach-aktiver Abfall gelagert werden müsse.

1976 vertrat der Direktor des Bundesamtes für Energiewirtschaft die Meinung, früher oder später die radioaktiven Abfälle

mittels Raketen auf die Sonne zu schiessen!

Nicht nur die Sonne diene in den Köpfen der Behörden als geeignetes Abfallager. Auch die Entwicklungsländer schienen immer wieder dafür geeignet zu sein, unseren Dreck gegen Devisen zu übernehmen. 1978 sagte Nationalrat Bruno Hunziker (FDP) in einer Parlamentsdebatte wörtlich: «Sie haben vielleicht gelesen, dass der Schah von Persien im Zuge eines Gegengeschäftes der Bundesrepublik angeboten hat, die aufgearbeiteten Brennelemente und hochradioaktiven Rückstände zu übernehmen und sie irgendwo in der Wüste zu vergraben. Es ist einfach nicht so, dass weder Lichtblicke noch Entwicklungen, noch bereits erprobte Lösungen vorhanden wären.» Nicht auszudenken, was mit den Abfällen hätte geschehen können im heutigen Iran, wenn die Re-

Nationalrat Bruno Hunziker im Jahre 1978: der Schah von Persien hat der Bundesrepublik angeboten, die aufgearbeiteten Brennelemente und hochradioaktiven Rückstände zu übernehmen und sie irgendwo in der Wüste zu vergraben. Es ist einfach nicht so, dass weder Lichtblicke noch Entwicklungen noch bereits erprobte Lösungen vorhanden sind.»

zepte von Nationalrat Hunziker befolgt worden wären.

Nicht nur Persien, auch Argentinien und in neuster Zeit China wurden als mögliche Abnehmer gehandelt. Der chinesische Außenminister setzte den Spekulationen um

ein chinesisches Abfallager vor kurzem ein abruptes Ende, indem er erklärte, China komme für die «Entsorgung» des europäischen radioaktiven Abfalls nicht in Frage.

Die Behandlung der Frage des Atom- mülls in unserem Lande ist ein Lehrstück in staatlichem Opportunismus. Als sich der Widerstand gegen den ungehemmten Ausbau der Atomenergie verstärkte und man immer wieder auf die ungelöste Frage des Atom- mülls hinwies, beschwichtigten die Bundesbehörden mit dem Versprechen, man würde erst dann wieder neue Atomkraftwerke in Betrieb nehmen, wenn «Gewähr» geboten sei, dass der Abfall sicher und dauernd im Inland entsorgt werden könne. Ja, der Bundesrat ging sogar noch weiter und setzte den Atomkraftwerkbet- reibern eine Frist bis 1985, um den Beweis für die Machbarkeit einer Endlagerung in der Schweiz zu erbringen, ansonsten die laufen- den Atomkraftwerke abgestellt werden müssten.

Die Bundesbehörden weigerten sich aber, genau vorzuschreiben, was denn unter dem ominösen Begriff «Gewähr» zu verstehen sei. Mit jedem Jahr wurden die Anforderungen an das Projekt «Gewähr» herunter- geschraubt. Zuerst hiess es, es müsse ein stand- ortgebundenes Projekt vorgelegt werden, bei welchem mit Aussicht auf Erfolg das Verfahren zur Erteilung der Rahmenbewilligung eingeleitet werden könne. Als dann die

Mit jedem Jahr wurden die Anforderungen an das Projekt «Gewähr» heruntergeschraubt.

NAGRA immer mehr Schwierigkeiten hatte, den geforderten Beweis zu liefern, begnügte man sich von Bundesseite her mit der Forderung, die NAGRA müsse lediglich in Form eines Modellprojektes einen Lösungs- weg aufzeigen. Von der Angabe eines Stand- ortes also keine Rede mehr. Ein Papiermo- dell genügte also. Als die NAGRA dann ihr Bohrprogramm immer mehr reduzierte, weil sie in Termenschwierigkeiten geriet, wurden die Anforderungen an das Projekt «Gewähr» nochmals heruntersgesetzt, indem nur noch verlangt wurde, dass die Zwei- fel an der Durchführbarkeit der Abfallbesei- tigung auszuräumen seien. Dazu benötigte man lediglich einen Modellstandort.

Es fragt sich nur, wessen Zweifel ausge- räumt werden müssen. Denn das ist genau der springende Punkt. Die NAGRA hat die- ses Jahr ihr Projekt «Gewähr» abgeliefert,

welches vom Direktor des Bundesamtes für Energiewirtschaft in einem Interview richtigerweise als «Parteiengutachten» bezeichnet worden ist, denn die NAGRA macht ihre Arbeit im Auftrag der AKW-Betreiber. Wer ist nun aber die Gegenpartei? Wer erstellt das Gegengutachten? Dass es die Bundesbehörden nicht sein können, ist wohl klar, denn der Bund ist ebenfalls Genossenschafter der NAGRA. Ein Genossenschafter kontrolliert als Aufsichtsbehörde die Arbeit seiner Mitgenossenschafter? Eine einmalige Situation, eigentlich eine Ungeheuerlichkeit.

Selbst abstruseste Beruhigungspillen der NAGRA ernten kaum mehr Hohngelächter oder Widerspruch, sondern werden kommentarlos in der Presse abgedruckt. So haben zwei von der NAGRA fürstlich honorierte Atombeamte die «wissenschaftliche» Meldung in Umlauf gesetzt, die Endlagerung radioaktiver Abfälle sei in unserem Lande auch über einen Zeitraum von einer Million Jahre problemlos zu bewerkstelligen. Zwar wird richtigerweise auf den geologischen Hexenkessel hingewiesen, auf dem wir leben und der in ständiger Veränderung begriffen ist: «Hebung der Erdkruste, horizontale Verschiebungen, Eintreten einer neuen Eiszeit, Erdbeben, die Wahrscheinlichkeit von Vulkanausbrüchen». Es müsse davon ausgegangen werden, dass die Auffaltung der Alpen noch nicht abgeschlossen sei, der Einbruch von flüssigem Magma aus dem Erdinnern daher wahrscheinlich. Bedeutende Klimaschwankungen sind zu erwarten, und eine neue Eiszeit würde den Boden in der Grössenordnung von zweihundert Metern abtragen. Doch was der Auftraggeber bewiesen haben will, wird untertänigst bewiesen. Und wenn die Welt zum Teufel ginge, die NAGRA behauptet, der strahlende Abfall in seinem Glassarg oder wo

Das Projekt «Gewähr» der NAGRA ist vom Direktor des Bundesamtes für Energiewirtschaft als «Parteiengutachten» bezeichnet worden. Wer ist nun aber die Gegenpartei? Wer erstellt das Gegengutachten?

auch immer sei über Hunderttausende von Jahren todsicher gebannt.

Die Schweizerische Energie-Stiftung hat sich immer wieder eingehend und gründlich mit dem hochbrisanten Fragenkomplex der hochradioaktiven Abfälle befasst. Sie hat mehrmals auf die skandalösen Vorgänge um die wiederholten Reduktionen der Anforderungen an das Projekt «Gewähr» hingewiesen. Sie hat eine von international anerkannten Forschern durchgeführte Oberexpertise gefordert, welche prüfen soll, ob das

Parteiengutachten der NAGRA tatsächlich Gewähr dafür bietet, dass der ab 1990 in die Schweiz zurückgeschickte hochradioaktive Abfall so sicher gelagert werden kann, dass er mit Sicherheit künftige Generationen nicht schädigen wird.

Mit der Atomenergie und dem radioaktiven Abfall haben wir einen Wechsel auf die Zukunft gelöst. An sich ist dies schon unverantwortlich. Wir dürften um unserer kurzfristigen Konsumexzesse willen den Nachkommen unter keinen Umständen solche ungelösten Probleme hinterlassen. Da wir es aber getan haben, gilt es, alles daran zu setzen, dass wenigstens nicht gepuscht wird.

Die SES möchte einigen Fachleuten den Auftrag erteilen, die Arbeit der NAGRA unter die Lupe zu nehmen. Diese Fachleute müssen bezahlt werden. Das Geld können wir aber nur aufbringen, wenn Sie uns dabei helfen. Unterstützen Sie unsere Arbeit. Werden Sie Mitglied der Schweizerischen Energie-Stiftung.

**DESHALB
BRAUCHT ES DIE
SCHWEIZERISCHE
ENERGIE-
STIFTUNG**

zum Beispiel

**ATOMKRAFT-
WERKE
UND
WALDSTERBEN....**

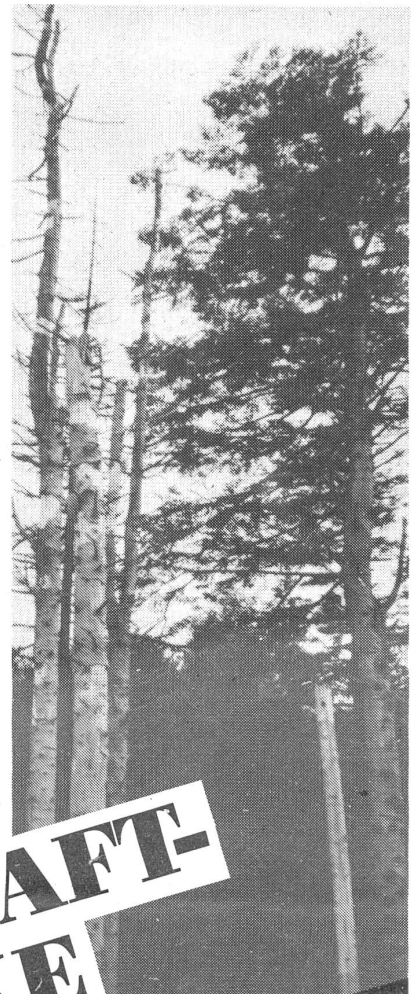
Sicher erinnern sich die Leser an Meldungen aus der Tagespresse und an einen Artikel in «Energie + Umwelt» über vermutete Zusammenhänge zwischen Atomkraftwerken und Waldschäden. Auch die heftigen, ja fast hysterischen Reaktionen auf diese Meldungen sind gewiss noch nicht vergessen.

Es ist eine eigenartige Geschichte, die mit dem Thema «Atomkraftwerke und Waldsterben» verknüpft ist.

Ein naturverbundener deutscher Biologe – Prof. Günther Reichelt – setzte sich zum Ziel, eine neue Methode zur Erfassung der Schäden in den Wäldern anzuwenden und zu verbessern. Tage- und wochenlang streifte er durch die Wälder Deutschlands, Frank-

reichs und der Schweiz, beobachtete die Fichten, bewertete ihren Gesundheitszustand, verglich ihn mit demjenigen von Wäldern in anderen geographischen Lagen, protokollierte alles gründlich, um den Ursachen des Waldsterbens näher auf die Spur zu kommen. Er trug seine Befunde in eine Landkarte ein und konnte Beziehungen zwischen der Schwere der Schäden und den in der Nähe gelegenen Industrieanlagen und Kraftwerken herstellen. Dann veröffentlichte er die Resultate. Seine Arbeit und besonders seine Methode der Schadenserhebung fand allgemein Anerkennung und wurde sogar von offiziellen Stellen selber angewendet und empfohlen.

Eines Tages machte er eine eigenartige Entdeckung: Es konnte sich einige seiner Befunde schlicht nicht erklären. Auf einem Hochplateau in Frankreich fand er grosse Schäden an den Fichten, aber weit und breit keine Industrieanlagen. Diese Schäden zeigten auf der Landkarte inselartige Ausbrei-



tungen. Nicht nur in Frankreich, auch in der Schweiz und in Deutschland stellte er solche unerklärliche Schadeninseln fest. Die Sache liess ihm keine Ruhe. Er suchte nach möglichen Erklärungen und entdeckte, dass alle diese Schadeninseln in der Nähe von Atomkraftwerken liegen. Er vermutete das Nahelegendste, dass nämlich die Atomkraftwerke etwas mit den Schäden zu tun haben könnten. Seine Vermutungen und Befunde diskutierte er dann öffentlich und publizierte sie in einer Forstfachschrift.

Die Reaktionen blieben nicht aus. Was dann geschah, verblüffte den Forscher ausserordentlich: Noch nie hatte er einen solchen Rummel erlebt. Noch nie wurde er dermassen öffentlich beschimpft. Von einem Tag auf den anderen war er ein Scharlatan, ein unwissender Biologielehrer und fanatischer Atomkraftwerkgegner, obwohl er zu Beginn seiner Untersuchung mit Atomkraftwerken nichts im Sinne hatte. Noch vor kurzem wurde seine Arbeit hochgelobt, jetzt war er nur noch ein Stümper, der sich wichtig machen wollte. Die fast hysterisch anmutenden Vorwürfe wurden vor allem von höheren Angestellten der Atomkraftwerke erhoben, die den Vorwurf, die sauberste aller Energien, ihre Atomkraftwerke, könnten etwas mit dem Waldsterben zu tun haben, weit von sich wiesen. Ein solcher Gedanke war für sie offenbar nicht verkräftbar. Was lag näher, als den Forscher und seine Vermutungen sofort und mit grossem publizistischen Aufwand zu verunglimpfen.

Es ist eine bekannte Tatsache, dass nur diejenigen sich derart aufregen, anstatt sich mit den aufgeworfenen Problemen sachgerecht zu befassen, die sich zu sehr mit einer Sache identifiziert haben und jede Kritik als persönlichen Angriff empfinden.

Auch wir erhielten Kenntnisse von den Untersuchungsergebnissen. Wir wollten uns

Die Tatsache der erhöhten Schäden an Bäumen in der Umgebung von Atomkraftwerken ist kaum zu bestreiten. Welches die Ursachen für diese Schäden sind, ist unklar.

etwas gründlicher mit diesen Zusammenhängen befassen und luden Prof. Reichelt an eine SES-Stiftungsrat-Sitzung ein. In einem eindrucklichen Referat stellte er seine Methoden und seine Resultate dar. Er selber urteilte äusserst vorsichtig und machte klar, dass weitere Abklärungen nötig sein werden, um zu einem endgültigen Urteil zu kommen. Beeindruckt von den Darlegungen des Forschers, waren wir alle der Meinung, man müsse dieses Problem weiter untersuchen. Im Atomgesetz steht nämlich klar in Art 3, Absatz 1:

Die Rahmenbewilligung für Atomkraftwerke ist zu verweigern, wenn

«dies notwendig ist... zum Schutze von

Menschen, fremden Sachen oder wichtigen Rechtsgütern einschliesslich der Erfordernisse des Umweltschutzes...»

Im Vorfeld der Abstimmung über die Atom- und Energie-Initiative schien es uns wichtig, der aufgeworfenen Frage nachzugehen.

Dieser Ansicht war auch der WWF. Er gab zwei ausgewiesenen Forstfachleuten den Auftrag, rund um die Schweizer Atomkraftwerke die selben Messungen vorzunehmen. Das taten sie dann auch mit einer Gründlichkeit und Vorsicht, die Eindruck machte. Die Resultate der beiden Forstingenieure bestätigten die Befunde von Prof. Reichelt weitgehend. Mit gutem Gewissen konnten wir deshalb die Meinung vertreten, es gäbe genügend Hinweise auf eine besondere Schädigung der Wälder in der Umgebung von Atomkraftwerken.

Als wir dann erkannten, dass auch die Kommission zur Überwachung radioaktiver Strahlen (KUER) in der Umgebung von Beznau und Mühleberg eine erhöhte Dosis von radioaktivem C-14 in den Buchenblättern nachgewiesen hatte und diese Erhöhung geographisch in etwa mit den gemessenen Schäden übereinstimmte, glaubten wir, es sei Zeit, die Öffentlichkeit über unsere Untersuchungen zu informieren.

Aber wir hatten die Rechnung ohne die Wirte gemacht. Die Atomkraftwerkbetreiber reagierten sehr empfindlich auf unsere Pressekonferenz. Nach der bereits bekannten Methode waren nach ihrer Meinung die Forstingenieure keine richtigen Fachleute, waren die Resultate schlicht falsch, und überhaupt war die Strahlenbelastung in der Umgebung von Atomkraftwerken weit geringer als die natürliche Strahlung. Kurz: Es konnte nicht sein, was nicht sein durfte.

Das Bundesamt für Umweltschutz musste Antwort geben auf eine parlamentarische Anfrage. Der Bundesrat versprach genauere Abklärungen. In der Folge erteilte das Bundesamt für Umweltschutz dem Büro INFRAS den Auftrag, alle Literatur zum Thema zusammenzutragen. Die Literaturstudie zeigt, dass bis heute nicht viel zum Thema veröffentlicht wurde. Die Tatsache der erhöhten Schäden an Bäumen in der Umgebung von Atomkraftwerken war aber kaum zu bestreiten. Welches die Ursachen für diese Schäden sind, ist unklar. Niemand kann heute mit Sicherheit behaupten, die von den AKW-Betreibern abgegebenen Nukleide würden die Schäden verursachen. Dass diese aber überhaupt keinen Einfluss hätten, wie dies immer und immer wieder von der KUER und von den AKW-Betreibern behauptet wird, ist ebenfalls bis heute unbewiesen.

Apropos Atomkraftwerke und Waldsterben – wie sehr die Meinungen auseinandergehen, beweist folgende Beobachtung: «Man muss es erlebt haben, wie im Reinstklima vom sowjetischen Alma Ata, nahe an der Mongolei, ausgedehntes Waldsterben festzustellen war. Das Rätselraten unter Ökologen, Pflanzenphysiopathologen und Förstern war beeindruckend... Später erfuhren wir, dass in einem Tal am Südrande der Stadt das grösste Kernkraftwerk der Sowjetunion in Betrieb genommen worden war. Inzwischen müssen wir eine wissenschaftlich erhärtete Feststellung machen: Die radioaktiven Partikel aus den Abgasen der Atomkraftwerke beschleunigen die Schadstoffbildung, die in der Luft auf photochemischem Weg stattfindet... Die Behauptung der Atomtechnologen und gewisser Amtsstellen, zwischen Radioaktivität und Waldsterben bestehe kein Zusammenhang, entspricht nicht der Wahrheit.» (Professor Dr. Hans Mislin, Institutsvorsteher an der Universität Mainz, Mitglied der GEK).

Die SES will dieses Thema auf alle Fälle nicht aus den Augen verlieren. Wir werden alle Veröffentlichungen sammeln, die im In- und Ausland erscheinen. Nur eine gründliche und wissenschaftlich einwandfreie Untersuchung kann Klarheit schaffen. Wenn sich der Verdacht bestätigen würde, wäre dies eine eindeutige Verletzung der zitierten gesetzlichen Bestimmungen und hätte weitreichende Konsequenzen für die Atompolitik.

Wir meinen, die Sache sei viel zu wichtig, um sie allein den direkt interessierten AKW-Betreibern zu überlassen. Organisationen wie die SES haben die nötige Unabhängigkeit, um immer wieder die Finger auf solche wunden Punkte zu legen.

Ob wir auch die nötigen Mittel für diese Arbeit haben, hängt im wesentlichen von Ihnen ab. Wenn Sie auch der Meinung sind, solche Aufgaben seien wichtig, bitten wir Sie um Ihre Unterstützung. Wir brauchen Sie, um weiterarbeiten zu können. Werden Sie Mitglied.

**DESHALB
BRAUCHT ES DIE
SCHWEIZERISCHE
ENERGIE-
STIFTUNG**



zum Beispiel **ÖKONOMIE MIT ODER GEGEN DIE ÖKOLOGIE?**

Wo immer man in den letzten Jahren Forderungen nach einer umweltgerechteren Wirtschaft diskutierte, die von umweltbesorgten Bürgerinnen und Bürgern erhoben wurden, fanden sich immer sofort Vertreter der Wirtschaft, die entsprechende Vorschläge als utopisch, unvereinbar mit unserem Wirtschaftssystem und katastrophal für die Arbeitsplätze bekämpften. Kurz: Lange Zeit herrschte ein unveröhnlicher Gegensatz zwischen Wirtschaft und Umweltschutz.

Erst in letzter Zeit wurde einer breiten Bevölkerung bewusst, dass schliesslich eine gesunde Wirtschaft nur in einer gesunden Umwelt längerfristig bestehen kann. Die Menschen wollen denn auch zurecht beides haben: Eine gesunde Umwelt und eine gesunde Wirtschaft. Laut Meinungsumfragen ist die Mehrheit sogar durchaus bereit, dafür einige Abstriche am rein materiellen Wohlstand zu machen. Zurecht haben viele Menschen Angst vor einer Wirtschaftspolitik, welche ohne Rücksicht auf Verluste den eingeschlagenen Weg unbeirrt weitergehen will. Sogar den Entwicklungsländern wird dieser unheilvolle Weg als Fortschritt empfohlen.

Vielen wird heute klarer, dass das gängige wirtschaftliche Denken und Handeln überholt ist, welches die Natur einerseits als freies Gut betrachtet, welches man als Ressource nach Belieben nutzen kann, und andererseits als Kübel, in den man schliesslich die Abfälle wieder zurück gibt.

Leider gibt es immer noch viel zu viele Arbeitsplätze, an denen Mitbürger ihren Lebensunterhalt nur auf Kosten der Vernichtung der Lebensgrundlagen verdienen. Eine Wirtschaft und Gesellschaft, die für ihre Funktionsfähigkeit darauf angewiesen ist, dass genau dies geschieht, ist schlecht organisiert und hat auf die Dauer keinen Bestand. Sie muss sinnvoller entwickelt werden. Es lohnt sich nicht, umweltbelastende Arbeitsplätze unter allen Umständen zu erhalten. Selbstverständlich kann eine grosse Arbeitslosigkeit ebenfalls nicht hingenommen werden. Die wichtige Aufgabe besteht heute darin, neue Arbeitsplätze zu schaffen, die den Beschäftigten den Lebensunterhalt sichern und gleichzeitig umsichtig und ver-

antwortungsvoll auf die Natur Rücksicht nehmen.

Mit grossem Unbehagen ist festzustellen, das immer noch ein grosser Teil der Gesellschaft, der Politiker und der Wirtschaftsführer sich mit der heute vorherrschenden rein ökonomischen Rationalität der Wirtschaft abgefunden hat. Es gibt aber keine autonome Gesetzmässigkeit der Wirtschaft. Sie muss eingebettet werden in die Bedürfnisse der Menschen. Es müssen der Wirtschaft neue Ziele gesetzt werden. Ein solches vor-

Erst in letzter Zeit wurde einer breiten Bevölkerung bewusst, dass eine gesunde Wirtschaft nur in einer gesunden Umwelt längerfristig bestehen kann.

rangiges Ziel ist die Verbesserung und Erhaltung der Umwelt, ist der Friede mit der Natur.

Die Vorstellungen aber, wie eine Wirtschaft funktionieren soll, die einerseits die Qualität der Umwelt in all ihren Erschei-

Was bis heute fehlt, sind Gesamtkonzepte einer Volkswirtschaft, welche auf den unabänderlichen Gesetzmässigkeiten der Natur aufbauen: Die Ökonomie des Gleichgewichts anstelle der Ökonomie des Wachstums.

nungsformen (Wasser, Boden, Luft, Artenvielfalt, Landschaften und Kulturgüter) verbessert, sie auf alle Fälle nicht mehr weiter mindert und andererseits eine - zumindest

vorläufig noch - zunehmende Bevölkerung ernährt, kleidet und bildet, sind heute erst in Ansätzen vorhanden.

In verschiedenen Teilgebieten wurden bis heute durchaus brauchbare Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt, die sowohl Beschäftigung wie auch Schonung der Umwelt ermöglichen würden, etwa in der Energiepolitik, der Landwirtschaft, der Siedlungs- und Verkehrspolitik. Leider sind diese Vorstellungen bis heute kaum oder gar nicht zum Tragen gekommen, obwohl es höchste Zeit wäre. Viele Chancen wurden leider verpasst. Gerade bezüglich der Energieversorgung hat die SES - zusammen mit den anderen Umweltorganisationen - brauchbare und vernünftige Vorschläge gemacht, die aber von entsprechenden Interessenvertretern aufs heftigste bekämpft wurden.

Was bis heute fehlt, sind Gesamtkonzepte einer Volkswirtschaft, welche auf den unabänderlichen Gesetzmässigkeiten der Natur aufbauen: Die Ökonomie des Gleichgewichts anstelle der Ökonomie des Wachstums. Die Wirtschaft des langsamen, gemächlichen und menschengerechten Wandels anstelle der schnellen, überstürzten und von der Gesellschaft kaum verkraftbaren und mit zu vielen Opfern an unwiederbringlichen Werten verbundenen raschen Veränderungen. Eine Ökonomie, welche nicht auf diesen grundlegenden Prinzipien der Ökologie - langsamste Veränderungen, Gleichgewicht anstatt Wachstum, kleine autonome Einheiten, dezentrale Organisation und hundertprozentige Wiederverwertung - aufbaut, wird langfristig keinen Bestand haben. Sowohl die Theorie wie auch die Praxis einer ökologischen Ökonomie müssen aber erst entwickelt werden.

Hier tut sich ein weites Feld auf für eine wichtige Aufgabe der SES. Wir möchten eine Arbeitsgruppe einsetzen, welche nicht auf Teilssektoren Alternativen aufzeigt, denn davon gibt es bereits heute ausgezeichnete Beispiele. Wir möchten vielmehr die Theorie der ökologischen Gesetzmässigkeiten und ihre Übertragbarkeit auf die Wirtschaft studieren. Welches sind die Voraussetzungen einer Wirtschaft, die im Einklang mit der Natur und den menschlichen Bedürfnissen effizient funktioniert? Welche grundlegenden Naturgesetze könnten auf die Wirtschaft übertragen werden, und welche Chancen bestehen, solche Gedanken und Konzepte einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen? Denn ein Wissen, welches nicht verbreitet werden kann, ist kein Wissen. Es geht uns dabei vor allem auch um eine vertiefte Diskussion über Ziele und Wege einer lebenswerten Zukunft.

Eine solche Arbeit kann nicht in der Freizeit schnell aus dem Ärmel geschüttelt werden. Mit Sicherheit braucht es dazu Fachleute verschiedenster Richtungen: Ökonomen, Ökologen, Statistiker, Naturwissenschaftler, Historiker, Soziologen und Psychologen, welche ganz im Sinne der Natur die Fähigkeit des vernetzten Denkens haben und anwenden, unkonventionelle Denkprozesse lieben und von der Wichtigkeit der Arbeit überzeugt sind.

Wir sind uns der Schwierigkeit der Aufgabe bewusst. Dennoch reizt sie uns, und wir sind davon überzeugt, damit wertvolle Im-

Fortsetzung Seite 16

pulse für die Entwicklung einer umweltgerechteren Zukunft zu geben.

Und noch etwas wissen wir: Wir können eine solche Arbeit nicht leisten ohne Ihre Unterstützung. Erst wenn viele Mitbürgerinnen und Mitbürger ebenfalls von der Wichtigkeit einer solchen Forschungsaufgabe überzeugt und auch bereit sind, dafür einen Beitrag zu leisten, hat das ganze einen Sinn. Machen Sie mit. Werden Sie Mitglied der SES. Unterstützen Sie unsere Aufgabe. Machen Sie uns Mut.

zum Beispiel NACHDENKEN ÜBER DIE ZUKUNFT

Manchmal scheint es, als ob eine unaufhaltbare, alles zerstörende blinde Maschinerie das Schicksal der Erde bestimme. Haben wir aufgehört, an eine gestaltbare Zukunft zu glauben? Lassen wir den Dingen einfach den Lauf? Alle kennen die weltweiten ökologischen und atomaren Gefahren. Dennoch scheint sich kaum etwas zum Besseren zu wenden. Zu viele geben sich mit der Bemerkung «Da kann man doch nichts machen» zufrieden und ziehen sich resigniert von allem Engagement zurück. Andere spielen den Optimisten oder stecken ganz einfach den Kopf in den Sand und wollen von allem nichts mehr wissen.

Je länger wir über die Ursachen der weltweiten Misere nachdenken, umso klarer wird, dass die ethischen und materiellen Grundlagen unserer Gesellschaft dringend verändert werden müssen.

Obwohl praktisch alle Regierungen sich zur Erhaltung ihrer Macht und des Status quo in der Kunst der Beschwichtigung üben, besteht kein Zweifel an der weltweit äusserst bedenklichen Situation.

Die je länger je spürbarer werdenden negativen Folgen der Entwicklung werden laut beklagt. Schlechte Luft, verschandelte Landschaften, unwohnliche Städte, Waldsterben; wer kennt die Klagelieder nicht. Man spricht von einer zunehmenden Geset-

**DESHALB
BRAUCHT ES DIE
SCHWEIZERISCHE
ENERGIE-
STIFTUNG**

zesflut, welche die individuelle Freiheit beschränke und fühlt sich grossen staatlichen und wirtschaftlichen bürokratischen Apparaten ausgeliefert, auf die man ohnehin keinen Einfluss hat. Diese zentralistischen Machtapparate entfalten eine gigantische Eigendynamik nach dem Motto «Als sie das Ziel aus den Augen verloren, verdoppelten sie ihre Anstrengungen.»

Je länger wir über die Ursachen der weltweiten Misere nachdenken, umso klarer wird, dass die ethischen und materiellen Grundlagen unserer Gesellschaft dringend verändert werden müssen. Umweltzerstörung, zunehmende anonyme Macht und Gesetzesflut sind schliesslich nur die Folgen falschen Denkens und Handelns.

Ein alter chinesischer Spruch zeigt die Zusammenhänge sehr schön auf (Lao-tse):

Wenn der Tao verloren geht
Kommt die Tugend
Wenn die Tugend verlorengeht
Kommt die Wohltätigkeit
Wenn die Wohltätigkeit verloren geht
Kommt die Gerechtigkeit
Wenn die Gerechtigkeit verloren geht
Kommen die Verhaltensregeln

Tao steht hier für «Einheit», «Sinn», «Liebe» und Verhaltensregeln für «Gesetze».

In unserer eigenen Kultur und Zeit meint man dasselbe, wenn man von Wertwandel, von Umdenken spricht, der dringend nötig sei. Und in der Tat: Je länger wir nach den Ursachen unserer gefährlichen Situation suchen, umso klarer erkennen wir die tiefere Bedeutung der oben zitierten chinesischen Weisheit. Wir spüren genau, dass die in unserer Zeit vorherrschenden materiellen Werte und die darauf aufbauenden hierarchischen Machtssysteme nicht in der Lage sein werden, eine Wende zum Besseren einzuleiten. Im Gegenteil: Die ihnen innewohnende Eigendynamik wird die Zustände nur verschlimmern.

Sicher fragen Sie sich, was diese philosophischen Erörterungen mit der Schweizerischen Energie-Stiftung zu tun haben. Wir haben unsere alternativen Konzepte – in der Energieversorgung beispielsweise – nie als

nur eine Spielart desselben technokratischen Denkens verstanden. Immer wieder haben wir die Wichtigkeit neuer zukunftsweisender Entwürfe betont, die nicht auf materiellem Wachstum und Ausbeutung der Natur beruhen.

Die der SES zugewandten Menschen sind bereit, über die geistigen und materiellen Grundlagen unserer Zeit nachzudenken. So haben wir beispielsweise an unserer letzten Jahresversammlung die Rolle der Menschen im ganzen Gefüge der Natur hinterfragt, eine Rolle, die bis heute als Herrschaftsverhältnis nach dem Motto «Macht Euch die Erde untertan» definiert wurde. Dass die Folgen dieser Herrschaft über Boden, Luft, Wasser, Pflanzen und Tiere sowohl für die Menschen selber wie auch für die sie umgebende Mitwelt verheerend sind, muss nicht weiter betont werden.

Dass es eine andere, eine bessere Zukunft geben wird, davon sind wir überzeugt. Wir wollen den Dingen nicht einfach den Lauf lassen. Wir wollen mitdenken und mitgestalten. Wir sind neugierig und offen für unkonventionelle Fragen und Antworten. Wir suchen nach kreativen und innovativen Vorstellungen. Wir unterstützen aber auch mutige Politiker aus allen Parteien, die die Zeichen der Zeit erkannt haben und sich trotz heftiger Widerstände für eine lebenswerte Zukunft einsetzen und sich gegen menschliche Trägheit und gegen die Erstarrung der Institutionen wehren und Neues wagen.

Erfolgreich sind wir dann, wenn es uns gelingt, immer mehr Menschen davon zu

*Dass es eine andere,
eine bessere Zukunft
geben wird, davon
sind wir überzeugt.*

überzeugen, dass unser Lebensstil das Ausbeutungsverhältnis widerspiegelt, welches unsere Gesellschaft zur Natur und zu den Menschen in den Entwicklungsländern hat. Eine solche Überzeugung hilft solange nicht viel, als keine funktionierenden und im Alltag lebbar Alternativen aufgezeigt werden können. Genau diese Alternativen suchen wir.

Es gibt in unserem Lande und in ganz Europa viele Menschen, die sich intensiv mit neuen Zukunftsentwürfen auseinandergesetzt haben. Diese Menschen wollen wir in unseren Reihen zu Wort kommen lassen. Die SES organisiert Vorträge, bei denen neue Ideen ohne Scheuklappen diskutiert werden können. Die uns überzeugenden Ideen wollen wir mit Hilfe von Publikationen bekannt machen und verbreiten.

Wir hoffen, dass auch Sie Lust bekommen, bei uns mitzumachen. Wenn wir Sie als neues Mitglied gewinnen könnten, wäre dies eine Hilfe für unsere Aufgabe.

**DESHALB
BRAUCHT ES DIE
SCHWEIZERISCHE
ENERGIE-
STIFTUNG**